Neuer Vorstoß zum Abbau von Versorgungslücken

17. November 2017

MÜNCHEN Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner und Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer konnten mit den Mobilfunkanbietern einen großangelegten Ausbau der Mobilfunkversorgung vereinbaren. Dazu erklärt Aigner: „Verfügbarkeit und Qualität der Dienste werden bis ins Jahr 2020 nachhaltig verbessert. Darauf konnte ich mich mit den Telekommunikationsunternehmen verständigen."

Die Wirtschaftsministerin konnte eine Vereinbarung zur Schließung von Versorgungslücken verhandeln und bietet darüber hinaus ein Programm zur Förderung neuer Masten an. Aigner weiter: „Unser Förderprogramm bietet eine große Chance für dünn besiedelte Gebiete im ländlichen Raum." Bisher unwirtschaftliche Versorgungsgebiete könnten so erstmals mit Mobilfunk versorgt werden, so die Ministerin. Im Rahmen des Förderprogramms soll die Einrichtung eines neuen Standortes durch die Kommunen gefördert werden, der dann allen Betreibern als Mietern offen steht.

Die Telekom Deutschland hat zugesagt, eigeninvestiv bis Ende 2020 rund 6.300 Standorte in Bayern zu betreiben und die Versorgung entlang der wichtigen Verkehrswege, aber auch im ländlichen Raum weiter zu verbessern. Hierzu sollen auch BOS-Standorte genutzt werden. Einen wichtigen Beitrag leisten die Kommunen bei der Standortfindung.

Vodafone Deutschland wird bis 2020 über 5500 Masten in Bayern betreiben und zusätzlich BOS-Masten nutzen.

Telefónica Deutschland erklärte, bis 2020 insgesamt rund 5500 Basisstationen in Bayern betreiben zu wollen. Dazu gehört auch die Mitnutzung zusätzlicher BOS-Masten.

Für Aigner ist die Vereinbarung mit den drei Mobilfunkanbietern ein „entscheidender Schritt in Richtung Flächenversorgung in Bayern. Mit unserer Vereinbarung kommt die Mobilfunkversorgung in Bayern deutlich voran", so die Ministerin.

Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer ergänzt: „Das schnelle Internet setzt optimale Standorte nahe am Nutzer voraus." Durch die Genehmigung solcher Standorte schützten die Gemeinden auch ihre Bürger: Sowohl der Sender als auch das Endgerät kommen mit geringerer Strahlungsintensität aus. Bis zur Genehmigung der Förderrichtlinie in Brüssel sollten die Gemeinden daher bei ihren Bürgern für Mobilfunkstandorte im Ort werben.

-.-

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers